

sen ist, daß gerade die ersten zehn Minuten nach einem Unfall (während derer auch bei einem besser organisierten Rettungswesen als wir es zur Zeit haben, Rettungsfahrzeuge kaum zur Stelle sein können) für die Lebensrettung entscheidend sind. Nach meiner Auffassung sollte Unterweisung in Erster Hilfe in die Lehrpläne der Schulen aufgenommen werden, und zwar bereits vom 12. Lebensjahr der Schüler an und später in regelmäßigen Wiederholungskursen, so daß die Kenntnisse wirklich vertieft werden können. Diese Kurse müßten allerdings wesentlich besser gestaltet sein als die derzeit üblichen acht Doppelstunden, die den Teilnehmern lediglich theoretische Grundkenntnisse vermitteln, sie in der konkreten Notfallsituation aber meist recht hilflos aussehen lassen.

Aufgabe des Staates scheint mir vor allem zu sein, durch Förderung von entsprechenden Forschungsaufträgen dafür zu sorgen, daß pädagogisch-didaktisch wirkungsvolle, evtl. durch programmierten Unterricht zu unterstützende Lehrmethoden entwickelt werden, durch die es möglich wird, für die Kursteilnehmer wirkliche Unfallsituationen zu simulieren.

F.D.P.: Unfallrettungsdienst genießt Priorität

Die Ausbildung aller Bürger in Erste-Hilfe-Kursen, wozu auch die Wiederholung in regelmäßigen Abständen gehören müßte, stellt ein Programm dar, das, für sich genommen, über jede Kritik erhaben und ohne Einschränkung zu fordern ist.

Die F.D.P.-Fraktion warnt jedoch davor, Vorstellungen und Hoffnungen zu wecken, die über einen längeren Zeitraum – leider – nicht realisierbar sind. Die finanziellen und organisatorischen Möglichkeiten freier und staatlicher Organisationen wären mit einem obligatorischen Ausbildungsprogramm in Erster Hilfe für alle Bürger überfordert. Eine überhastete gesetzgeberische Initiative würde den Erfolg, der bei der erfreulichen Beteiligung in freiwilligen Lehrgängen zu verzeichnen ist, nur schmälern.

Nach Ansicht der F.D.P.-Fraktion hat in Ergänzung zur freiwilligen Ausbildung die Förderung des Unfall-Rettungsdienstes Priorität. Durch Verbesserung der technischen, organisatorischen und personellen Ausstattung können und müssen den Betroffenen von Unfällen aller Art, nicht nur von Verkehrsunfällen, schnellere und wirkungsvollere Hilfen als bisher zuteil werden.

Eine erfolgreiche Arbeit des Unfall-Rettungsdienstes – nach großen Schätzungen könnte durch schnellere Maßnahmen und bei besserer Ausstattung jedes zehnte Todesopfer gerettet werden – wird durch das Verhalten der Mitbürger unterstützt. Zur Verbesserung des Unfall-Rettungsdienstes muß u. a. ein schnelles und koordiniertes Meldesystem eingeführt werden.

Die Aufklärung des Bürgers über die Möglichkeiten, den Rettungsdienst schnell an die Unfallstelle zu rufen, ist nach Meinung der F.D.P.-Fraktion ebenso wichtig wie Ausbildung in Erster Hilfe.

Porträt der Woche

Seine Karriere weist Superlative aus. Mit 27 Jahren war Ernst Wilczok jüngster Oberbürgermeister der Bundesrepublik, mit 29 Jahren jüngster Arbeitsdirektor und, lachend deutete er darauf hin, mit 48 Jahren jüngster Pensionär. Nach Zusammenschluß der Zechengesellschaften zur Ruhrkohle AG trat er von seinem Posten zurück. Damit zählt sich Wilczok jedoch keinesfalls zum alten Eisen. Denn das Bottroper Stadtoberhaupt hat heute einen politischen Full-Time-Job.

Neben der Wahrnehmung seines Mandats stellt sich ihm seit einigen Monaten die Aufgabe, den Arbeitskreis für Kommunalpolitik in der SPD zu führen. Im Landtag ist er stellvertretender Vorsitzender des Kommunalpolitischen Ausschusses und Mitglied des Verwaltungsausschusses. Die Tätigkeit in diesen parlamentarischen Gremien weist darauf hin, wo die Schwerpunkte der politischen Arbeit von Ernst Wilczok liegen.

Allerdings, er räumt unumwunden ein, daß mehr die Sachzwänge als eigene Wünsche ihn sich so stark auf dem kommunalpolitischen Sektor engagieren ließen. Mit Sicht auf Bottrop gibt er ein Beispiel: „Die anstehenden Reformen lassen für unsere Stadt noch einiges erwarten.“ Für ihn, der gar nicht damit einverstanden ist, was bisher an Reformplänen Chancen hatte, gilt es jetzt, die Positionen der Kommunen zu festigen. Dafür macht sich Ernst Wilczok auch im Gremium des nordrhein-westfälischen Städtetages stark, dessen Landesvorstand er von 1950 bis 1961 sowie seit 1968 angehörte und dessen Vorsitz er im Februar dieses Jahres übernahm.

Der SPD-Politiker, dessen Neigung eher die ist, „sich um Wirtschaft und Finanzen zu kümmern“, wie er sagt, wird schon durch die Lage im Revier gezwungen, Hauptarbeitsakzente auf das Kommunale zu setzen. Wilczok war einer der stärksten Befürworter des Vorhabens, die Bergbaustädte des Emscher-Lippe-Gebietes in einer Arbeitsgemeinschaft zu-



Ernst Wilczok (SPD)
Stellvertretender Vorsitzender des
Kommunalpolitischen Ausschusses

sammenzufassen. „Aus der Notwendigkeit einer Verwaltungsreform heraus“, wie er betont. Ziel dieser Arbeitsgemeinschaft, deren Vorsitz Wilczok inzwischen innehat, ist es, der schwachen Finanzausstattung der Gemeinden im nördlichen Ruhrgebiet wegen ihrer wirtschaftlichen Einseitigkeit durch den Bergbau entgegenzuwirken und die Infrastruktur zu verbessern.

Ernst Wilczoks Auffassung ist die, daß die 16 kreisfreien Städte im Revier selbständig bleiben und sich nur maßvoll räumlich ausdehnen sollten. Er wünscht sich einen Dachverband auf der Basis des Ruhrsiedlungsverbandes, dem wichtige Aufgaben wie der Nahverkehr oder die Ver- und Entsorgung übertragen werden könnten. Vor allem auch die Landesplanungsgemeinschaft für das Ruhrgebiet möchte er erhalten wissen.

Der heutige hauptberufliche Politiker Wilczok wurde 1922 in Bottrop geboren. Sein Großvater und sein Vater waren Bergleute. Er absolvierte eine kaufmännische Lehre und war mit 29 Jahren Vorstandsmitglied bei Rheinpreußen in Homburg. Schon früh, 1948, trat er der SPD bei. Wilczok ist verheiratet und hat vier Kinder. Privat schlägt sein Herz für Schalke 04. Seit 1968 hat er erst drei Heimspiele des königsblauen Kohlenpott-Vereins versäumt.

Eckhard Hohlwein